

## **Kommunale Mandatsträger im Gespräch mit Staatsministerin Melanie Huml zum Thema Gesundheit und Pflege**

„Ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem ist die Voraussetzung für Wohlstand und gesellschaftliche Stabilität. Trotz der immer schwieriger werdenden Aufgaben, ist es in den letzten Jahren immer wieder gelungen, gerade in Bezug auf Bayern auf den verschiedensten Ebenen die richtigen Weichen zu stellen. Wir sind im Freistaat Dank der CSU-Staatsregierung und den Initiativen auf Bundesebene im Gesundheits- und Pflegebereich grundsätzlich auf einem guten Weg“, so **Staatsministerin Melanie Huml** beim Hauptausschuss der KPV in München, dem auch Kommunalpolitiker aus dem Nürnberger Land wie **w. stellvertretende Landrätin Cornelia Trinkl, Kreisrat** und **2. Bürgermeister Peter Uschalt, Kreisrätin Karin Müller, Kreisrat Andreas Kögel** und **Kreisrat a. D. Werner Kundörfer** angehören.

Den Besuch von Staatsministerin Melanie Huml bei der Hersbrucks Zweiter Bürgermeister Peter Uschalt, um mit der Ministerin persönlich zu sprechen. Hinsichtlich der Planungen des Klinikum Nürnbergs, das Krankenhaus Hersbruck zu schließen, wurde die Ministerin durch MdL Dünkel permanent auf dem Laufenden gehalten. Peter Uschalt ging auf das persönliche Schreiben der Hersbrucker Ärztegemeinschaft an die Staatsministerin ein. Melanie Huml hat zum Abschluss des Gesprächs einen Besuch in Hersbruck bzw. einen Gesprächstermin in München zugesagt.

Bei der anschließenden regen Diskussion der CSU-Kommunalpolitiker mit der Gesundheitsministerin wurden viele verschiedene Themen angesprochen, da es jetzt gilt, die Leistungsfähigkeit des Systems für die Zukunft zu erhalten und gezielt weiter zu entwickeln. Zum anderen stehe man vor großen Herausforderungen, die angegangen bzw. konsequent weiterverfolgt werden müssen.

Konkret ging es um eine verlässliche und stabile Krankenhausfinanzierung und eine angemessene Vergütung von Notfällen. Gerade die Vergütung für die Versorgung von Patienten, die die Nothilfen außerhalb der Sprechzeiten der Praxen aufsuchen, aber auch für die originären Notfallpatienten, muss verbessert werden.

### **Sicherstellung der ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum**

Es ist eine zunehmende Überalterung der niedergelassenen Ärzte besonders in den ländlichen Regionen feststellbar. Junge Ärzte lassen sich heutzutage nur schwer zu einer Praxisübernahme außerhalb der Städte bewegen. Es muss gelingen, dass diesem Trend entgegengewirkt wird, um der Bevölkerung in allen Regionen Bayerns einerseits kurze Wege zum Hausarzt zu ermöglichen und dass in einer angemessenen Entfernung zudem eine fachärztliche Versorgung, auch im Notfall, vorgehalten wird. Die bisherigen Anstrengungen, insbesondere der Bayerischen Staatsregierung und der Kassenärztlichen Vereinigungen, müssen hierzu fortgeführt und intensiviert werden. Es sollten weitere Maßnahmen und Konzepte entwickelt werden, um eine zukunftssichere wohnortnahe medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung im ambulanten Sektor zu gewährleisten.

### **Ambulante fachärztliche Versorgung bei bestimmten Indikationsstellungen im ländlichen Raum**

Um die Fachärzte im ambulanten Versorgungssektor im ländlichen Raum zu unterstützen und die fachliche Expertise von Klinikärzten zu nutzen, sollte den Klinikärzten die Möglichkeit eingeräumt werden, im Rahmen von Ermächtigungen, ambulant tätig zu werden. Das derzeitige Zulassungsverfahren der Kassenärztlichen Vereinigungen erscheint willkürlich, nachteilig für den ländlichen Raum und letztlich auch nachteilig für eine wohnortnahe qualitativ hochwertige ärztliche ambulante Versorgung.

### **Erhalt der Geburtsabteilungen - Maßnahmenpaket der CSU-Staatsregierung wird begrüßt**

Die Sicherstellung der geburtshilflichen Abteilungen in den Kliniken auf dem Land kann nur durch die

Beibehaltung des bisherigen Belegarzt- und Beleghebammensystems flächendeckend ermöglicht werden. Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe muss gewährleistet bleiben.

Gerade die am 1.1.2018 durch einen Schiedsspruch in Kraft tretenden Regelungen haben hier deutlich negative Auswirkungen. Danach können Hebammen in Deutschland nur noch zwei Frauen gleichzeitig betreuen. Für eine Dritte werden sie nicht mehr bezahlt.

Deshalb ist es unabdingbar, rechtliche und wirtschaftliche Anreize zu schaffen, um die geburtshilflichen Planbetten zu sichern und um sie ausreichend personell und finanziell auszustatten. Schließlich sind es unsere kommunalen Häuser, in denen in der Regel die Kinder auf dem Land das Licht der Welt erblicken. Als sehr positiv haben wir die geplante Initiative der Staatsregierung für ein umfassendes Maßnahmenpaket hinsichtlich der schwierigen Lage in der bayerischen Geburtshilfe im ländlichen Raum aufgenommen. Von Seiten der Bundespolitik müssen weitere Entscheidungen folgen.

### **Verbesserung der grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Pflege**

Darüber hinaus möchten die Kommunalpolitiker auf die Herausforderungen im Bereich der Betreuung der älteren Menschen hinweisen. „Wir sehen die zurückliegenden gesetzlichen Neuerungen durch die Pflegestärkungsgesetze als einen wichtigen ersten Schritt an, um der steigenden Zahl älterer und zu betreuender Bürger gerecht zu werden, aber weitere Maßnahmen müssen folgen. Die Pflege braucht wieder einen deutlich besseren Stellenwert in unserer Gesellschaft“, so KPV-Kreisvorsitzende Trinkl.

Wir brauchen einen bedarfsgerechten Pflegeschlüssel. Deutschland liegt beispielsweise bei der Personalausstattung in der Krankenhauspflege gegenüber vielen Ländern weit zurück.

Es müssen Anreize geschaffen werden, dass wieder mehr junge Menschen den Beruf der Kranken- und Gesundheitspfleger(in) erlernen. Allein die Zusammenführung des Berufszweiges mit der Altenpflegeausbildung wird sicher nicht dazu führen, dass der enorme Bedarf an Pflegefachkräften in den kommenden Jahren gedeckt werden kann. Hier gilt es umso mehr, die bestehenden Ausbildungsbetriebe zu stärken und zu fördern.